

Wassische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurzjettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (i. Amm. d. Handeltreib.): Carl Misch, Berlin, Damer. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schiffleitung: Berlin SW 68, Köpcke-Str. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3055-3055 für den Fernverkehr Amt Dönhof 3056-3066. Volgramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 860

Mehrheit für die Regierung Einigung über die Vertrauensformel

Das nächste Kompromiß

Späts in der zweiten Morgenstunde haben sich Reichskabinett und Fraktionsführer auf eine gemeinsame Vertrauensformel geeinigt, die im Reichstag eingebracht und von den Regierungsparteien angenommen werden sollte. Die Zustimmung der Fraktionen wurde dabei selbstverständlich vorbehalten. Die Vertrauensformel hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag billigt die vorgeschlagene Erklärung der Reichsregierung und vertraut darauf, daß das Finanzreform-Programm der Regierung vorbehaltlich der zünftigen Befragung der Gesetzgebung in der Ausführung der von der Regierung beantragten Maßnahmen durchgeführt wird. Der Reichstag spricht der Regierung für ihre Gesamtpolitik das Vertrauen aus.“

Mit dieser Formulierung erklärte sich der Kabinett einverstanden. Der Antrag enthält das Vertrauensverhältnis, das die Zustimmung zum Finanzreform-Programm im großen und ganzen. Nicht aufgenommen in diese Vertrauensformel ist die zwischen Kabinett und Parteiführer getroffene Vereinbarung, das Copfer-Programm in der Weise zu verurteilen, daß die Regierungsparteien gemeinsame Zusicherungen auf Grundlage der Eckdaten und des Versicherungsbetrages einbringen. In die Planberatung auf 11 Uhr vorläufige Anmerkungen war, vernehmen sich die Fraktionen zum Teil schon in der letzten Stunde. Die Zustimmung der demokratischen und der Zentrum-Fraktion wurde sehr früh bekanntgegeben, auch die Sozialdemokraten ließen nicht lange auf sich warten. Schwieriger lösten Dr. Jast in der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu haben. Am 11 Uhr Mittags wurde mitgeteilt, daß die sozialistische Fraktion mit 22 gegen 17 Stimmen die Vereinstzung über die Vertrauensformel gestillt habe. Von den 17 Gegnern wollen angeblich fünf sich bei der Abstimmung aus dem Saal entfernen, zwei Stimmhaltungen üben, die übrigen zehn gegen den Vertrauensentscheid votieren. Die Bayerische Volkspartei ließ es in der zweiten Nachmittagsstunde noch offen, ob sie für den Antrag stimmen oder Enthaltung inne werde.

In anderen Parlamenten würde man kaum ein so großes Pochen beim machen, wenn eine Regierungspartei selbst bei einer politisch bedeutsamen Abstimmung nicht in voller Geschäftigkeit auftritt. Heitere Gruppen sich nur für die Billigung von der Fraktion abspalten würden. Dagegen ist man in der französischen Kammer gewöhnt, auch wie man aus Beispielen der jüngsten Zeit weiß, im englischen Unterhaus. In Deutschland haben wir — leider — ein so hohes Fraktions-System, daß es schon großes Staunen erregt, als Abgeordneter Dr. Wirth einmal entgegen der Fraktionsparole gegen ein Vertrauensverhältnis stimmte. Das parlamentarische Regieren in Deutschland würde erheblich erleichtert werden, wenn den Fraktionen etwas mehr Bewegungsfreiheit gegeben, die Disziplin nicht allzu streng gehandhabt würde.

Welches Ergebnis der Abstimmung ist zu erwarten, wenn man nicht einfach wie sonst die Mandatszahlen der einzelnen Fraktionen zusammen addiert und dann gegeneinander stellt, sondern in Rechnung stellt, daß nicht nur in der Deutschen Volkspartei, sondern auch bei den Sozialdemokraten Widersprüche sich entweder enthalten oder gegen die Mehrheit stimmen wollen? Wenn man voraussetzt, daß die linken linke Fraktion nicht abgesehen sein werden als sonst, dann dürfte die Opposition (Deutschnationale, Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutsche nationale Arbeitsgemeinschaft) die sich jetzt mit der Christlich-nationalen Bauernpartei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen hat, dann noch die Wirtschaftspartei) etwa 150 bis 160 Stimmen betragen. Für das Vertrauensverhältnis kann man auf etwa 220 Stimmen rechnen, wenn man voraussetzt, daß bei der Sozialdemokraten 20 Fraktionsgruppen, bei der Deutschen Volkspartei etwa 10, und daß die

Bayerische Volkspartei sich der Abstimmung enthält. Daß sich eine Mehrheit ergibt, ist jedenfalls nicht anzunehmen. Die Debatte über die Regierungserklärung war um 1 Uhr mittags schon abgeschlossen. Es hat nachher noch die Besprechung beim Kabinett stattgefunden, bei der die Deutsche Volkspartei und der unermüdeten Forderung auftrat, daß in das Copfer-Programm auch eine Geltung der Vermögenssteuer aufgenommen werden sollte.

Hilferding ergreift das Wort Gegen das Katastrophengerede

Die heutige Reichstags-Sitzung begann mit einem kleinen Geplänkel zwischen dem deutschen Nationalen Abg. Quast, der außerhalb der angesprochen eine Erklärung abgeben wollte, und dem Reichstagspräsidenten.

„Präsident Quast“: Ich stelle fest, daß nach der Geschäftsordnung folgende Erklärungen vor dem Präsidenten vorzulegen müssen. Er habe deshalb auch dem Abg. Treumann das Wort zu einer Erklärung verweigern müssen.

Abg. Dr. Quast (Dnat.): Ich stelle fest, daß dem Abg. Treumann hier wiederholt das Wort zu Erklärungen außerhalb der Tagesordnung gegeben worden ist.

Präsident Quast: Begründen Sie denn den Unterschied? (Sautz Stufe b. d. Dnat.: Nein!) Diese Erklärungen haben vorher in meinem Zimmer gelesen und sind durchgelesen worden, wie das die Geschäftsordnung vorschreibt.

Dann steht der Abg. Oberjohann (Dnat.), die Debatte über die Erklärung des Kabinetts fort. Praktisch sei der Zusammenbruch des Reichs nicht fern, das Reich müsse jetzt ein Finanzreform-Programm einbringen, das die Reichsregierung nicht ablehnen könne. Der eigentliche Finanzminister, der eine vorläufige Finanzreform ergriffe, sei der deutsche nationale Minister zu schließen gemessen. Der vor ihm angebotene Schatz sei von seinen Nachfolgern verban worden, vor allem durch den Minister Rehnbold.

Die deutschnationale Fraktion lehne die Verantwortung für jede Neubestimmung der deutschen Wirtschaft ab. Wenn diese Regierung die Vollmacht für die Finanzen Konvention erhalte, so wäre das ein Verzicht nationaler Wirtschaft, für die das Volk die Danksagung geben werde.

Schüsse in Italien

Rom, 14. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Nach dem Aufstandsmord auf Cardinale ist es gestern bei Perugia zu einer neuen Mordtat gekommen. Ein Kommunist namens Donati schoß nach politischem Streit zwei Faschisten nieder, die ihn Verletzungen erlitten.

Wie in der Folge leuchtliche Streifenpatrouillen angelegt wurden, um die Faschisten Kommunisten festzusetzen, so kam es vor einem Bauernhause zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf fünf Faschisten durch Schüsse verwundet wurden. Die Verletzten des Donati blieben bei ihrer Wunde nach Perugia in den letzten Abendstunden auf ein Gehöft, wo sie nochmals Gefährdungen eingehen mußten. Als sie verweigert gegen die Tür gestosst haben und sich gegen dieselbe stemmen, wurden sie aus dem Innern heraus beschossen. Als die Carabinieri herbeigeeilt waren, wurden acht der fliehenden Faschisten von Augen getroffen. Die fünf im Innern des Hauses befindlichen Bauern übergaben sich den Carabinieri ohne Widerstand. Sie wurden in das Gefängnis von Perugia eingeliefert.

Der Kommunist Donati soll zugegeben haben, daß er erst entschlossen war, in der Bekämpfung der Faschisten noch mehr zu leisten als früher norditalienische Kommunisten, der nur Tugend ebenfalls zwei Faschisten umgebracht hatte und deshalb zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Das Scheitern an dem Widerspruch der anderen Parteien. Die Regierung erbot um 2 Uhr damit, daß die Vertrauensformel von den Fraktionsführern der Demokraten, der Sozialdemokraten des Zentrum und der Deutschen Volkspartei unterzeichnet und als Antrag offiziell eingebracht werden ist. Die Bayerische Volkspartei hatte sich noch zu keinem Beschluß durchgerungen. Aber die Abstimmung bleibt auf 3 Uhr anberaumt.

Hilferding ergreift das Wort Gegen das Katastrophengerede

Reichsfinanzminister Hilferding führt aus: Ich bin einverstanden, wenn hier manche Redner die Darlegungen über das Defizit als eine überhörende Offenbarung bezeichnet haben. Ich selbst habe auch früher Regierungen wiederholt auf die beschränkte Kraftlosigkeit hingewiesen. Als die letzte Regierung für Amt antrat, mußte sie ein Haushaltsdefizit von mehr als einer Milliarde übernehmen.

Dieses Haushaltsdefizit hat sich durch zwei Faktoren vergrößert, erstens dadurch, daß der von Ihnen verabschiedete Etat 1928, der in der gegenwärtigen Regierung nicht vorliegt hatte, zum ersten Male mit einem Defizit von 155 Millionen schloß. Hinzu kamen noch 200 Millionen Mehrbedarf der Arbeitslosenversicherung; dabei handelte es sich um einen Betrag, den die Regierung auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen abgeben mußte, und ich glaube, daß es in dieser Weise niemand gibt, der der Meinung wäre, daß diese Beträge nicht gezahlt werden sollten. Es hätte nur die Frage da- durch, daß in den Jahren von 1929 bis 1928 alle Referenzen aus den früheren Jahren erspart worden. Die Referenz, die in dem Etat enthalten waren, am Beginn des Jahres 1928 etwa eine halbe Milliarde betragen, verringerten sich bis zum Ende des Jahres 1928 bis auf ungefähr 200 Millionen, und sie haben sich in dem besonders sparsam aufgestellten Etat 1929 weiter um 100 Millionen verringert. Diese Erminderung hat dazu geführt, daß wir jetzt im Dezember mit einem Haushaltsdefizit von 1700 Millionen rechnen müssen. So stimmt nicht, daß dieses Haushaltsdefizit durch die Staatsregierung der gegenwärtigen Regierung erzeugt worden ist. Die einzige Vermehrung des Haushaltsdefizits in unserer Regierung ist durch die Arbeitslosenversicherung hervorgerufen, also durch eine gesetzliche Verpflichtung, die ebenfalls von der vorigen Regierung übernommen worden mußte.

Der Minister bedauert, daß sich das Haushaltsdefizit am 1. April durch die Finanzreform einerseits, durch die Schüsse auf Arbeitslosenversicherung andererseits auf 1400 Millionen vermindert haben werde. Davon seien 500 Millionen durch reguläre Deckungsmittel (Ecksteuereinnahmen und Reichsbahnvorsparungen) gedeckt.

Hilferding fuhr fort: Angefichts dieser Zahlen werden Sie verstehen, wie notwendig es ist, daß wir sofortige Maßnahmen ergreifen.

Ich muß mich aber als verantwortlicher Minister dagegen wehren, daß man unangesehen von einer katastrophalen Lage (sprich, wie es Herr Oberjohann genau hat) (Dr. Ullstein veris) Herr des tat, erschütterer den deutschen Kredit.

Wie erbeten darob, für die Zukunft das Finanzwesen dadurch zur Ordnung zu bringen, daß keine Ausgabe mehr ohne Deckung beschlossen werden kann. Ich habe für den letzten Etat Sicherstellungsmaßnahmen vorschlagen. Der Reichstag war dagegen. Er hat die Ermächtigung zu hoch, die Ausgaben zu niedrig angesetzt. Was der Reichstag damals von meinen Forderungen abgelehnt hat, das ist der Betrag des Defizits, so dem wir jetzt leben. Herr Oberjohann hat in seiner letzten Rede erklärt — und das ist so charakteristisch für seinen Beruf als Kritiker — die Regierung müsse den Mut zum Defizit haben. (Eckb. Vortr. hier) bei der Mehrheit, gegen Ullstein (Dr. Ullstein).

Sich nicht damit zu bescheiden, die Reichsrenten ziehen sollen, aber bei der künftigen, politischen Lage stellen wir es dem